



Bildungswerk für Kommunalpolitik e. V.

FREIE WÄHLER

## Vernetztes Denken ist wichtig

Liebe Freie Wählerinnen und Freie Wähler,



Politik ist wie ein Wurzelgeflecht verschiedener Bäume, das ineinandergewachsen ist. Wenn man an einem Ende zieht, bewegt sich plötzlich etwas an anderer Stelle, mit dem man vorher nicht gerechnet hat. Je besser man über solche Zusammenhänge nachdenkt, umso weniger überrascht ist man am Ende von der Wirkung. Wir FREIEN WÄHLER versuchen immer, Zusammenhänge zu erkennen und auf die Auswirkungen hinzuweisen. Dass die Einführung der sechsstufigen Realschule Auswirkungen auf die Hauptschule haben wird, hat die bayerische Bildungspolitik „kalt erwischt“ - niemand hatte offensichtlich damit gerechnet. Jetzt gilt es, den Hauptschulen echte Perspektiven zu geben statt sie nur umzutau- fen. Eine engere Zusammenarbeit zwischen Real- und Haupt-/Mittelschule könnte künftig in vielen Landkreisen Vorteile bringen. Regionale Lösungen sind gefragt. Für eine Überraschung hat in den vergangenen Wochen auch die Erkenntnis gesorgt, dass 30 Prozent des Flugbetriebes am Münchener Flughafen Kurzstreckenflüge sind, von denen man einen Großteil über die Bahn abwickeln könnte, wenn die Streckennetze besser ausgebaut und die Bahn insgesamt kundenfreundlicher wäre. Die Feststellung der FREIEN WÄHLER, dass auch der Flughafen Nürnberg unter einer zusätzlichen dritten Startbahn in München leiden würde, hat vielen gezeigt, dass auch die Flughäfen untereinander eine Wechselwir-

kung haben. Das hat bisher nur niemanden interessiert – und dies ist zugleich der Beweis dafür, dass die jeweiligen Flughafenmanager immer nur ihr eigenes Objekt im Auge haben und sich der Freistaat als Anteilseigner beider Flughäfen bisher viel zu wenig um diese Dinge gekümmert hat. Ein weiteres Thema: Alle reden von der Stärkung des Ehrenamtes durch die Einführung der so genannten „Ehrenamts-Card“. Momentan wird in vielen Landkreisen eine Debatte darüber geführt, ehrenamtlich tätigen Bürgern durch kostenfreie Eintritte in öffentlichen Einrichtungen wie zum Beispiel Schwimmbädern eine Anerkennung zukommen zu lassen. Eigentlich eine gute Idee, wenn der Freistaat den an der Einführung von Ehrenamtskarten interessierten Städten und Gemeinden eine anständige Finanzierung der Folgekosten zubilligte. Stattdessen gibt es derzeit nach dem Willen der Staatsregierung nur einmalig 5.000 Euro und alles Weitere sollen wieder einmal die Kommunen schultern. Wenn dann gleichzeitig von den Feuerwehren beklagt wird, dass wegen Personalknappheit an den Feuerweherschulen beispielsweise ein Kommandant sehr lange darauf warten muss, bis er endlich den nötigen Kurs belegen kann, dann fragt man sich, wo die Gelder für das Ehrenamt am sinnvollsten eingesetzt werden könnten. Aber auch das hängt zusammen: Ein verdienter Feuerwehrler, der einen Kurs be-

gen möchte, aber erst im nächsten Jahr einen Platz bekommt, kann in der Zwischenzeit wenigstens kostenlos zum Baden gehen. Leider ist das alles nicht zum Lachen, sondern politische Realität im Freistaat. Es gibt also weiterhin viel zu tun und Ihre Anregungen von der Basis sind gefragt!

Ich wünsche Ihnen, liebe Freie Wählerinnen und Freie Wähler, schöne Weihnachtstage und ein erfolgreiches, gesundes Jahr 2012. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen und dem Ziel vor Augen, sich auch im nächsten Jahr für unsere Bürger einzusetzen,

Mit freundlichen Grüßen,

*Hubert Aiwanger*

Ihr Hubert Aiwanger

### Liebe Leserin, lieber Leser,

damit Sie der „Freie Wähler“ im Postversand immer aktuell erreichen kann, melden Sie bitte Neumitglieder in Ihrem Verband, Adresswechsel oder Austritte an die BKB-Geschäftsstelle, Marktplatz 7, 95349 Thurnau; Fax: 09228 9969567; Tel.: 09228 9969566; E-Mail: [bkb-bayern@t-online.de](mailto:bkb-bayern@t-online.de)

Eine Umstellung oder Neuanmeldung von Postversand oder E-Mail-Bezug des FW ist jederzeit über die Homepage des Bildungswerkes unter [www.bkb-bayern.de](http://www.bkb-bayern.de) und die Rubrik „Newsletter“ möglich. Hier finden Sie auch das aktuelle Seminarangebot und können sich direkt zu Ihrem Wunschseminar anmelden.

Redaktionelle Beiträge nimmt die Redaktion des FW gerne unter E-Mail: [redaktion@bkb-bayern.de](mailto:redaktion@bkb-bayern.de) bis zum 9. März 2012, entgegen.

Möchten Sie regelmäßig die neuesten Freie Wähler-Pressemitteilungen in Ihrem Postfach finden? Dann schicken Sie bitte eine kurze E-Mail an die FW-Landesgeschäftsstelle in München ([gstelle@freie-waehler.de](mailto:gstelle@freie-waehler.de)) mit Nennung Ihres Namens, Ihres Ortsvereins, sowie Ihrer Email-Adresse.

Für namentlich gekennzeichnete Artikel zeichnet ausschließlich der Verfasser verantwortlich.

Leider können nicht alle eingereichten Beiträge, wie Mitgliederversammlungen oder Geburtstage veröffentlicht werden. Vereinsjubiläen werden i. d. R. erst ab 25-jährigem Bestehen veröffentlicht. Die Redaktion bittet um Verständnis.

### Themen in dieser Ausgabe:

- Grußwort des Vorsitzenden der Freien Wähler Bayern
- Bildungsarbeit 2011 – Dank zum Jahresende
- Angst um den Euro - FW Niederbayern
- Oberrealschule - FW Mittelfranken
- 60 Jahre FW Schwabach
- 25 Jahre FW Seßlach
- 60 Jahre FW Germering
- Betrüger lauern überall
- Verfassungsmedaille für W. Wellenhofer
- Ehrungen FW Gemünden
- Die gesplittete Abwassergebühr
- FW Bayern und Bund fusionieren
- Bildungskalender 1. HJ 2012
- Walchenseekraftwerk - Studienfahrt
- Neues Thema: Mediation - Konfliktlösung
- Neues Thema: Gemeinde - fit für die Zukunft
- Neues Thema: Energiewende - hist. Chance

## Bildungsarbeit 2011

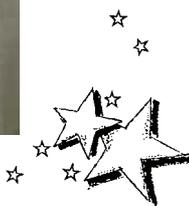
Sehr geehrte Damen und Herren!



*Klaus Förster, Vorsitzender*



*Michael Schmitz, Bildungsleiter*



ge oder Unterstützung für Ihre kommunalen Obliegenheiten zu erhalten.

Wichtig ist uns der Hinweis, dass unsere Bildungsangebote, die mit öffentlichen Geldern des Kultusministeriums finanziert werden, von allen Interessierten ohne Ansicht ihrer politischen Orientierung besucht werden können.

### „Der Freie Wähler“

Überörtlich interessante Themen aus Ihrem lokalen Bereich (Gemeinde, Kreis, Stadt oder Bezirk) veröffentlichen wir gerne. Bitte senden Sie uns die Artikel, gerne auch druckfähige Digitalbilder, an [redaktion@bkb-bayern.de](mailto:redaktion@bkb-bayern.de).

Die postalischen Versandkosten für unsere Zeitung sind immer noch sehr hoch! Um diese zu verringern, bitten wir Sie um Email-Adressen. Melden Sie sich einfach auf unserer Homepage zum Newsletter an.

### Dank zum Jahresende

Unser Dank gilt zum Jahresende allen, die uns in unserer Arbeit unterstützt haben. Bleiben Sie unserem Angebot gegenüber auch 2012 so aufgeschlossen wie in diesem Jahr und werben Sie für unsere Seminarangebote.

Frohe Festtage und ein glückliches, gesundes und erfolgreiches Jahr 2012 wünscht Ihnen Ihr Vorstandsteam des Bildungswerkes für Kommunalpolitik Bayern,

*Ihr Klaus Förster,  
Vorsitzender*

*Ihr Michael Schmitz,  
Bildungsleiter*

Das Bildungswerk für Kommunalpolitik Bayern e.V. blickt auf ein ereignisreiches Jahr 2011 zurück.

### Rückblick

Im vergangenen Jahr konnten wir lange aufgeschobene Investitionen in die Infrastruktur der Geschäftsstelle vornehmen. Nur so ist es auch künftig möglich, den stetig zunehmenden Verwaltungsaufwand zu bewältigen. Als Vorstand des BKB bedanken wir uns ausdrücklich bei unserer Mitarbeiterin, Frau Förster, für ihre engagierte und weit über die rein dienstliche hinausgehende Arbeit in der Geschäftsstelle in Thurnau.

Unsere Bildungsbeauftragten in den bayerischen Bezirken haben im auslaufenden Jahr einmal mehr dazu beigetragen, dass unser Seminarangebot einem breiten Publikum zugänglich war. Auch ihnen dafür unser herzlicher Dank; ohne jedoch die vielen Mandatsträger und Ehrenamtlichen in den Ortsvereinen, zu vergessen, deren Engagement uns sehr wichtig ist: Bitte seien Sie weiter offen für eine Zusammenarbeit und fordern Sie uns!

### Bildungsangebot 2012

Mit dieser Zeitung erhalten Sie einen ersten Überblick über das Bildungsangebot des ersten Halbjahres 2012. Bitte geben Sie unsere Angebote an Interessierte weiter! Melden Sie sich mit Ihrer

Emailadresse für unseren Verteiler an und bekommen Sie so unsere Informationen zeitnah und zuverlässig. Wir bitten ebenfalls um Ihre Vorschläge zu neuen Themen. Kommen Sie bitte auf unsere Bildungsbeauftragten in den Bezirken oder auf den Bildungsleiter zu, wenn Sie konstruktive Vorschläge zur Verbesserung unserer Arbeit haben! Besuchen Sie regelmäßig unsere Homepage unter [www.bkb-bayern.de](http://www.bkb-bayern.de), welche ständig aktuell erweitert wird. Dort erhalten Sie stets einen Überblick über unser Angebot nach Bezirken aufgeschlüsselt. Unter [www.bkb-forum.de](http://www.bkb-forum.de), unserer neuen Plattform zum Austausch von Informationen, Meinungen und Wissen, bieten wir Ihnen an, unsere Fachreferenten zu kontaktieren und Ratschlä-



Bild: Karlheinz Hiltl

## Angst um den Euro - wie sicher ist unser Geld?

### Freie Wähler im Informationsgespräch mit Prof. Dr. Hankel

Die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER hat auf Initiative von MdL Jutta Widmann den Volkswirtschaftler und Währungskritiker Prof. Dr. Wilhelm Hankel zu einem Informationsgespräch über die Eurokrise nach Landshut eingeladen. Der ausgewiesene Währungsexperte gehört zu den Eurokritikern der ersten Stunde und hat bereits mehrfach vor dem Bundesverfassungsgericht Klage eingereicht, unter anderem gegen die Einführung des Euro und weitere Milliardenhilfen.

Rund 400 interessierte Bürgerinnen und Bürger, darunter auch zahlreiche Bürgermeister, Ortsvorsitzende, Stadt- und Gemeinderäte der Freien Wähler verfolgten in Landshut aufmerksam die kritische Auseinandersetzung mit dem Euro und der aktuellen Krise.

„Der Euro ist gescheitert, das Abenteuer einer gemeinsamen Währung für 17 unterschiedliche Länder geht zu Ende“, konstatierte Prof. Dr. Hankel. Der Euro vereine zu viele unterschiedliche Länder, Kulturen und Wirtschaftssysteme und könne auf Dauer nicht funktionieren. Das sei in etwa so, wie wenn ein Schneider einen Maßanzug für 17 unterschiedlich große, dicke und dünne Menschen anfertigen solle, dieser platze dann aus allen Nähten.

Enttäuscht zeigte sich Herr Prof. Dr. Hankel über die aktuelle Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Leider sei diese Klage abgewiesen worden, somit stehe weiteren Milliardenkrediten für Griechenland nichts mehr im Weg. Dies sei jedoch keine sinnvolle Lösung und auch keineswegs „alternativlos“, wie häufig als Rechtfertigung angeführt werde. Griechenland könne ökonomisch nur außerhalb des Euro langfristig bestehen, so der Referent.

„Wir brauchen entweder eine deutlich verkleinerte Eurozone der starken Staaten oder ein Zurück zu den einzelnen nationalen Währungen vor der Einführung des Euro“, so Prof. Dr. Hankel. Mittels einer eigenständigen Währungspolitik könnten die einzelnen Staaten besser auf Krisen reagieren. Der Euro habe Europa nicht näher zusammengebracht, sondern einen Keil zwischen die Länder getrieben. Einzelne ökonomisch starke Länder könnten nicht auf Dauer für die schwachen Länder zahlen, dies sei auch der Bevölkerung nicht zu vermitteln. Europa habe ja bereits vor der Einführung des Euro in vielen Bereichen

gut zusammengearbeitet, das Ende des Euro bedeute also nicht automatisch den Zusammenbruch Europas.

Ähnlich äußerte sich MdL Jutta Widmann: Griechenlandhilfen und Rettungsschirme seien keinesfalls alternativlos, man müsse alle Möglichkeiten öffentlich diskutieren und erst dann entscheiden. Es stelle sich auch die Frage, ob es nicht wünschenswert sei, bei so weitreichenden Entscheidungen künftig den Bürger direkt zu befragen, immerhin hätten diese Entscheidungen schwerwiegende Folgen für den deutschen Steuerzahler“, so MdL Jutta Widmann.

FW Landshut



Prof. Dr. Wilhelm Hankel und MdL Jutta Widmann in Landshut

## Bildungspolitischer Arbeitskreis FW Mittelfranken Oberrealschule: Weg in die Zweigliedrigkeit

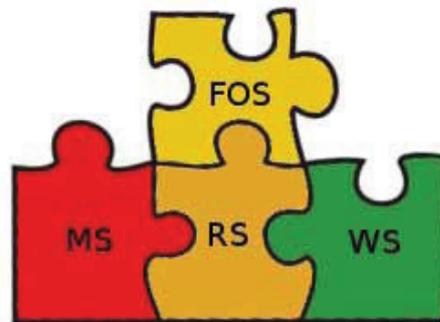
Die Bildungspolitik in Bayern steht vor schwierigen Herausforderungen. In der Vergangenheit war Bayern stets führend im Ranking der bildungspolitischen Untersuchungen. Heute ziehen andere Bundesländer an Bayern vorbei. Folgende Probleme verlangen eine Reform mit Weitblick, bei der dauerhafte Lösungen gefunden werden müssen.

- Der demographische Wandel verändert die Schullandschaft. Die Schülerzahlen brechen ein. Diese Entwicklung wirkt sich besonders zu Lasten der Mittel- und ehemaligen Hauptschulstandorte aus. Die Eltern entscheiden sich wegen der mangelnden Berufschancen für Schulen mit höheren Abschlüssen. Der Mittelschule wird der Stempel der Restschule aufgedrückt.
- Unsere Gesellschaft steht vor einem akuten Mangel an Akademikern, Ingenieuren und Fachkräften.
- In Bayern erreichen zu wenig Schülerinnen und Schüler die allgemeine oder fachgebun-

dene Hochschulreife oder einen Hochschulabschluss.

- Im Handlungsfeld Förderinfrastruktur (ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote) ist Bayern Schlusslicht in Deutschland. Bayern hat wenige Rohstoffe. Unsere Stärken sind Innovation und qualitativ hochwertige Produkte und Lösungen. Aus diesem Grund sind unsere Kinder das wichtigste Gut, mit dem wir unsere Zukunft gestalten können.

Der **Bildungspolitische Arbeitskreis der Freien Wähler Mittelfranken** ist der Überzeugung, dass die beschriebenen schulpolitischen Probleme in regionaler Verantwortung nur durch neue Wege in der Schulstruktur gelöst werden können. Mit der Oberrealschule wird die Möglichkeit geschaffen, dass sich je nach regionaler Gegebenheit die bestehenden Mittel-, Wirtschafts-, Real- und Fachoberschulen zu Oberrealschulen zusammenschließen oder weiterentwickeln können.

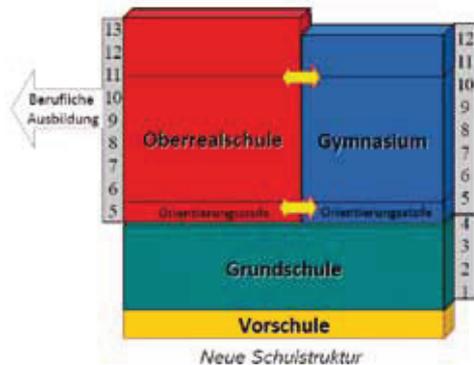


Bestehende intakte Schulstrukturen sollen weiter bestehen und gefördert werden.

Mit der Oberrealschule wird neben dem Gymnasium ein Schultyp mit folgenden Merkmalen etabliert:

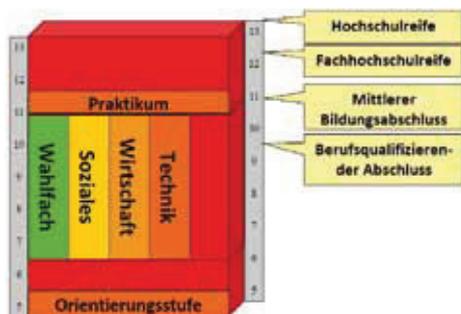
Die Oberrealschule führt zu allen Schulabschlüssen der oben genannten Schulen. In neun Jahren kann zum Beispiel die allgemeine Hochschulreife wie an der Fachoberschule erworben werden.

- Sie verwirklicht mehr Bildungsgerechtigkeit: Durch Fördern und Fordern soll jeder Schüler den Abschluss erreichen, der seiner Begabung entspricht.
- Der organisatorische Aufwand ist überschaubar, da die bestehenden Lehrpläne von Real- und Fachoberschule übernommen und ausdifferenziert werden müssen.
- Der Unterricht erfolgt überwiegend integrativ.
- Sie hat ein gebundenes Ganztagesangebot.
- Sie ist beruflich orientiert.
- Sie kann sich auf mehrere Standorte verteilen.



Die Einführung der Oberrealschule ist weit mehr als das Zusammenlegen der bisher getrennten Schulen unter einem gemeinsamen Dach. Die Oberrealschule ist im Gegensatz zum Gymnasium auf berufliche Bildungswege ausgerichtet. Neben einer gründlichen Allgemeinbildung wird Wert auf eine gezielte, begabungsgerechte Berufswahlvorbereitung und Berufsorientierung gelegt. Schulorganisatorische Veränderungen werden mit wichtigen pädagogischen Erfordernissen verbunden.

Die neue Schulart ermöglicht längeres gemeinsames Lernen, individuelle Förderung, eine hohe Durchlässigkeit nach oben und langes Offenhalten des Schulabschlusses.



Nach der Orientierungsstufe in der 5. Jahrgangsstufe ist ein Wechsel in die jeweils andere Schulart möglich.

Beratend begleitet entscheidet sich der Schüler mit den Eltern erst ab der 7. Jahrgangsstufe, welchen berufsorientierten Zweig er besucht. In den Kernfächern Deutsch, Mathematik, Fremdsprachen, Chemie und Physik kann er Kurse mit unterschiedlichem Niveau besuchen. Mit Ausnahme der genannten Kernfächer bleiben die Jahrgangsklassen erhalten. Auf diese Weise wird kein Schüler wegen seiner Leistung diskriminiert, da er ja durch besonderes Lernengagement jederzeit in ein höheres Leistungsniveau eintreten kann.

Für Schülerinnen und Schüler, die nach der 9. Jahrgangsstufe den Berufsqualifizierenden Abschluss nicht erreicht haben, wird ein Berufsvorbereitungsjahr mit dem Ziel angeboten, den genannten Abschluss doch noch zu erwerben.

### Individuelle Förderung braucht Ressourcen.

- In allen Klassen muss die Möglichkeit geschaffen werden, dass der Lehrer phasenweise durch einen Förderlehrer bei der individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler unterstützt wird. Neue Stellen für Förderlehrer müssen geschaffen werden.
- Individuelle Förderung ist nur in kleinen Klassen sinnvoll möglich. Klassen sollen maximal 20 Schülerinnen und Schüler umfassen.
- Die Schule muss ausreichend Räume für eine Klassenteilung zur Verfügung stellen. Pro Klasse sollten 1,5 Räume zur Verfügung stehen.
- Sämtliche Angebote der Schule sind durch pädagogisch qualifiziertes Personal abzudecken.
- Die Schulsozialarbeit wird an allen Schulen verbindlich eingeführt.
- Um Schüler unabhängig von ihrer sozialen Herkunft fördern zu können, müssen an jeder Schule in allen Klassenstufen gebundene Ganztagsklassen angeboten werden.
- Schulpsychologen werden vor Ort Schüler, Eltern und Lehrer bei akuten und schwierigen Problemen beraten und präventiv die Schulgemeinschaft unterstützen.

### Auswirkungen auf den Übertritt in die weiterführenden Schulen

Aktuell erhält in Bayern zirka die Hälfte aller Personen die Hochschulzugangsberechtigung nicht durch das Gymnasium. Mit der Oberrealschule wird ein Schultyp manifestiert, der diesen Weg sichtbar macht und den Eltern die Frage der Schulwahl erleichtert.

Im Vergleich zum Gymnasium bildet die Oberrealschule die Kinder ideal für berufliche Bildungswege aus und erreicht nach neun Jahren – ein Jahr später – die Allgemeine Hochschulreife. Der **Bildungspolitische Arbeitskreis der Freien Wähler Mittelfranken** erwartet, dass unter dieser Voraussetzung viel Druck aus der 4. Klasse der Grundschule und von der Übertrittsentscheidung genommen wird.



Besuch des Arbeitskreises an der Löhe-Schule in Nürnberg; von links: Stellv. Schulleiter Hubertus Gieck, Werner Wittmann, MdL Günther Felbinger, Schulleiter Michael Schopp, AK-Sprecher Franz X. Forman, Isolde Krahle und Michael Schmitz. Nicht auf dem Foto: Michael Greiner und Dr. Paul Kupser

### Die historische Oberrealschule

Mit dem Namen knüpfen wir an die Tradition der alten Oberrealschule an. Im Unterschied zu den humanistischen Gymnasien konnte man an der Oberrealschule ohne Latein mit verstärkt naturwissenschaftlich technischer Ausrichtung in neun Jahren die allgemeine Hochschulreife erlangen.

### Fazit

- Durch das Zusammenfassen von Mittel-, Wirtschafts-, Real- und Fachoberschule wird die Vielfalt der bayerischen Bildungslandschaft klarer und transparenter gestaltet. Schon beim Eintritt in eine Schule sind alle möglichen Abschlüsse klar zu erkennen.
- Die Oberrealschule gibt jedem Kind die Chance, optimal nach seinen Fähigkeiten gefördert zu werden und den bestmöglichen Abschluss erzielen zu können. Anstelle von Aussonderung schwieriger oder lernschwacher Kinder versprechen wir uns durch deren Integration in den Bildungseinrichtungen mehr Erfolg.
- Landkreise und kreisfreie Städte erhalten bei der Umstrukturierung der weiterführenden Schulen durch die Verpflichtung zur Schulentwicklungsplanung die führende Rolle. Durch die lokale Kompetenz werden wohnortnahe Schulstandorte gesichert.
- Künftige Schulstandorte sollen demographiefest sein. Durch die Oberrealschule können die Schülerinnen und Schüler flexibler auf die bestehenden Schulen verteilt, Standorte gestärkt und die bestehende räumliche Infrastruktur voll genutzt werden.
- Durch den Ausbau von Ganztageseinrichtungen werden die Familien unterstützt. Die Abhängigkeit des Bildungsabschlusses vom sozialen Status der Eltern wird verringert.

## 60 Jahre Freie Wähler Stadt Schwabach – Mittelfranken „Unabhängige Charaktere mit Sachkenntnis“

„Die Sonne bringt es an den Tag“, stand in Anspielung an das Logo der Freien Wähler auf der Torte, die Oberbürgermeister Matthias Thürauf als Geschenk anlässlich der Feier zum 60-jährigen Gründungsjubiläum der Freien Wähler in Schwabach mitgebracht hatte. Verbunden mit viel Lob legte er die Vorzüge der Freien aus seiner Sicht offen. Im Stadtrat haben sie Thüraufs Meinung nach „überproportionalen Stellenwert“. Für Dr. Thomas Donhauser, den Bürgermeister aus den Reihen der Parteilosen, Vorsitzenden Hans Schleier und Stadtrat Bruno Humpenöder fand der Oberbürgermeister lobende Worte. Armin Kroder, Landrat der Freien im Landkreis Nürnberger Land und stellvertretender Landesvorsitzender, hielt die Festrede. Dr. Peter Bauer, Landtagsabgeordneter der Freien Wähler aus Sachsen bei Ansbach, und FW-Bezirksvorsitzender Walter Schnell sprachen je ein Grußwort. Dabei mahnte Bauer für die Zukunft „mehr Zusammenarbeit statt Konfrontation an“. Grüße und Glückwünsche der Freien Wähler in Nürnberg überbrachte Angelika Wille.

Robert Schmitt



Mit einer „sonnigen“ Torte kam Oberbürgermeister Matthias Thürauf (3. v. re.) zur Jubiläumsfeier der Freien Wähler. Auf unserem Bild von links Landtagsabgeordneter Dr. Peter Bauer, Isolde Krahle, Ortsvorsitzender Hans Schleier, Bezirksvorsitzender Walter Schnell, Landrat Armin Kroder, Bürgermeister Dr. Thomas Donhauser und Johanna Ittner.

## Seßlach – Landkreis Coburg - Oberfranken Die Freien Wähler Seßlach ehrten verdiente Mitglieder „25 Jahre FW-Hochburg im Coburger Land“



Zu einem Festabend konnte Vorsitzender Jürgen Schramm zusammen mit Bürgermeister Hendrik Dressel MdL Thorsten Glauber aus Forchheim, FW-Bezirksrat und -Vorsitzenden Klaus Förster aus Thurnau, den Coburger Kreisvorsitzenden Christian Gunsenheimer und viele weitere Mitglieder und Freunde aus dem gesamten Landkreis willkommen heißen. Die Feier stand unter dem Motto „G 25 Gipfel der Freien Wähler“. In Interviews wurden Geschichten aus der Vergangenheit erzählt und kommunalpolitische Themen in der Gegenwart aufgezeigt. Eine Neubürgerin stellte ihre Vorstellungen für die Zukunft vor, wie sich junge Familien in Seßlach wohlfühlen können. Dieser Abend machte deutlich, dass die Freien Wähler Seßlach eine feste Größe in der Kommunalpolitik sind. Vorstandsmitglied Willi Hollfelder konnte das 100. Mitglied begrüßen. Seit 1984 amtiert Hendrik Dressel als 1. Bürgermeister und auch im Verein gab es seit 1986 lediglich 2 Vorsitzende, welches von hoher Kontinuität und nachhaltiger, vertrauensvoller Kommunalpolitik zeuge, so Vorsitzender Schramm. Mit der Ehrung verdienter Mitglieder wurden die Feierlichkeiten gekrönt.

FW Seßlach

## Germering – Landkreis Fürstentum - Oberbayern Rathauspolitik machen, aber ohne Parteibuch FW Germering feiert 60-jähriges Bestehen.

Die Freie Wähler Gemeinschaft gibt es offiziell seit 60 Jahren in Germering. So war es im Rückblick der von Ehrenmitglied Helmut Riedel vorgetragenen Chronik zu hören, obwohl bereits nach Kriegsende schon Freie Wähler vor Ort auftraten. Mit einem Festgottesdienst in der Kirche St. Martin und einem Empfang im Restaurant Mythos, wurde die Feier mit zahlreichen Gästen begangen. 1. Vorsitzende Maria Hacker-Hausmanns konnte den Fürstentumbrucker FW-Kreisvorsitzenden Michael Leonbacher und FW-Kreisgeschäftsführer Hans Friedl begrüßen. Das umfangreiche Wirken in der Kommunalpolitik der vergangenen 60 Jahre wurde deutlich aufgezeigt und auf den wichtigen Fortbestand des Vereins hingewiesen. Für seine langjährige Vereinsarbeit sowie viele Jahre als Mandatsträger im Gemeinde- und Stadtrat wurde Josef Huber die Urkunde für eine Ehrenmitgliedschaft überreicht.



Josef Huber, 2. Vorsitzender, erhält die Urkunde für die Ehrenmitgliedschaft

G. Darchinger

### Engagierte Mitstreiter gesucht!

Der Arbeitskreis „Gesundheit“ des Landesverbands der Freien Wähler sucht engagierte Mitstreiter zur Diskussion und Bearbeitung gesundheitspolitischer Themen.

Interessierte mögen sich bei Frau Annette Walter-Kilian (annette\_walterkilian@web.de), Herrn Ludwig Hammel (hammelludwig@t-online.de) melden.

Ansprechpartner der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ist Herr Dr. Karl Vetter, MdL, (karl.vetter@fw-landtag.de). Das nächste Arbeitstreffen wird am 18.01.2012 um 17:00 Uhr im Kurhotel „Eisvogel“ in 93333 Bad Gögging stattfinden.

## Nepper, Schlepper, Bauernfänger... Betrüger lauern überall

lautete der Titel einer Fernsehserie mit Eduard Zimmermann, auch bekannt als „Aktenzeichen XY ungelöst“.

Trotz großer Erfolge sind die gesuchten Gauner jedoch aktiver als je zuvor. Einer der Hauptgründe liegt sicher in der exzessiven Nutzung der neu entwickelten Medien, besonders des Internet. Durch Flatrates ist der Kostenaufwand für die Betrüger minimal, ohne großen Aufwand sind E-mails zu Tausenden in Umlauf zu setzen. Hinter der Anonymität einer vorgespiegelten Fax- oder Handynummer oder einer frei erfundenen Internetadresse lassen sich nahezu ohne eigenes Risiko Betrugsmaschinen abwickeln, denen die Ermittlungsbehörden nur mit sehr großem Aufwand begegnen können.

Vielfältig sind die Ideen der Betrüger, meist baut man auf die Ahnungslosigkeit und Arglosigkeit des Opfers oder dessen Gier nach Schnäppchen, dreist ist das Auftreten und groß der Erfindungsreichtum.

Besonders Inhaber von kleinen Gewerbebetrieben oder Selbständige sind bevorzugtes Ziel einer seit Jahren bekannten Firma. Sie bahnt telefonisch Kontakt an mit der Behauptung, das vermeintliche Opfer betreibe ein Gewerbe in einer absoluten Marktnische. Logisch ist, dass es somit absolut dazu auserwählt sei als Musterkunde für die Erstellung einer Homepage

herzuzulhalten. Der Firmenrepräsentant, der zum Hausbesuch erscheint, betont immer wieder, das Erstellen der Homepage im Wert von mehreren tausend Euro sei absolut kostenfrei. Lediglich für das Aktualisieren der Inhalte müsse man – je nach Aufwand – einen geringen Betrag im Monat verlangen, meist zwischen 150 und 350 Euro. Schnell ist ein Vertrag über 48 (!) Monate zu unterschreiben, da das tolle Angebot nur noch diese Woche gilt. Insgesamt sind dann im Rahmen der Laufzeit des Vertrages zwischen 4.800 und 8.000 Euro für die Homepage fällig, der Preis bei einem seriösen professionellen Softwarehaus läge bei etwa 1800 Euro. Grundsätzlich existiert nach § 312 des Bürgerlichen

Gesetzbuches (BGB) für „Haustürgeschäfte“ ein Widerrufsrecht innerhalb von 2 Wochen. Dies gilt jedoch nur für „Verbraucher“, also Privatpersonen, nicht für Gewerbetreibende. Für die ist es nahezu unmöglich, aus diesen Verträgen ohne größeren Schaden auszusteigen.

Ausdrücklich gewarnt, auch von Seiten des Bayerischen Gemeindetags, wird zurzeit vor einer Firma, die einen Eintrag in ein „zentrales Gewerbeverzeichnis“ anbietet. Die An-

schreiben kennzeichnen sich dadurch, dass sie im Schriftbild der Telekom AG ähneln. Es wird der Eindruck suggeriert, es handle sich um einen offiziellen Eintrag. Beabsichtigt ist eine Verwechslung mit dem „Gewerbeverzeichnis“, das jedoch von Amts wegen existiert und in das automatisch und kostenlos alle Gewerbetreibenden aufgenommen werden. Die Kosten für einen vorgegaukelten Eintrag schwanken zwischen 800 und 1.200 Euro. Sie sind, in Anbetracht der Nutzlosigkeit des Eintrages in eine Drucksache, die in einer Stückzahl von 6.000 Exemplaren verteilt wird (meist am Sitz des Verlages in Hessen), stark überhöht. Im Übrigen ist ein solcher Eintrag völlig ohne Wert, da niemand dieses „Gewerbeverzeichnis“ verwendet. Wenn das Opfer auf das erste Anschreiben nicht reagiert, erhält es frech eine „Erinnerung“, die stark einer Mahnung gleicht. Auch hierauf ist die beste Reaktion von allen: ab in den Papierkorb.

Häufig wird von einer anderen Art der Abzocke Gebrauch gemacht. Der Vertreter einer Firma spricht beim Bürgermeister oder Pfarrer vor. Erklärt wird, einen Schaukasten für öffentliche oder kirchliche Nachrichten aufhängen zu wollen. Der Kasten werde über Inserate von Firmen, die im Kasten angebracht werden, bezahlt. Meist wird noch eine Spende für die Kirchenkasse versprochen. Ziel ist es



ein Empfehlungsschreiben des Bürgermeisters oder Pfarrers zu ergattern. Hiermit werden die Firmen der Gemeinde aufgesucht. Angeblich unterstützt die Gemeinde das Aufhängen dieses Bekanntmachungskastens. Die Kosten für eine Werbefläche belaufen sich bei einer Vertragsdauer von drei Jahren auf insgesamt ca. 1.000 € pro Inserent, bei 8- 10 Firmen kommt so eine stolze Summe zusammen. Der Schaukasten selbst hat einen Wert von ungefähr 800 €, d.h. er ist mindestens 10-fach überbezahlt. Auch hier gilt das Widerrufsrecht bei



Dipl. Verwaltungswirt  
Harald Kleiber

„Haustürgeschäften“, jedoch nur für Privatleute. Gewerbetreibende sind nahezu chancenlos, dem Vertrag zu entkommen. Hier eine Bitte an Verwaltung, Mandatsträger und Institutionen: Machen sie sich nicht zum Mittäter der Abzocker, stellen Sie keine derartigen Bestätigungen aus. Falls Sie als Firma selbst bereits über den Tisch gezogen wurden, melden Sie es Ihrer Gemeinde, damit vor solchen Vorgehensweisen gewarnt werden kann.

Nahezu täglich werden Sie als Internet-Nutzer erstaunliche E-mails mit verlockenden Angeboten erhalten. Mal ist es der Lotteriegewinn von einer Million Dollar, ein andermal eine angebliche Erbschaft oder das beiseite geschaffte Vermögen eines politisch Verfolgten und Ermordeten. Gemeinsam haben diese Nachrichten eines: Sie werden von der so genannten Nigeria-Connection zu Tausenden in Umlauf gesetzt. In den vergangenen Jahrzehnten - so alt ist diese Idee bereits - wurde meist von Nigeria aus operiert, daher der Name. Unter dem Versprechen eines gigantischen Vermögens werden dem gutgläubigen Opfer Gebühren für Schließfächer, Gericht, Rechtsanwalts honorare, Bestechungsgelder, Bürgschaften und anderes abverlangt. Absolute Verschwiegenheit sei oberstes Gebot. Unter dem Vorwand, man wolle das Vermögen überweisen, wird versucht, an die persönlichen Daten zu gelangen. Manchmal wird die Zielperson

auch ins Ausland gelockt. Dort zeigt man eine Kiste mit Dollarnoten in einem Schließfach vor. Selbstverständlich werden die „Aufbewahrungsgebühren“ gerne an Ort und Stelle in bar (manchmal bis zu 10.000 Euro) abkassiert. Der angehende „Millionär“ darf sich sogar einen 100-Dollar-Schein mitnehmen, es ist der einzige echte in einer Box voller Falschgeld. Wieder zu Hause angekommen wartet das Opfer vergeblich auf die Überweisung der restlichen Millionen. Leider gab es Schwierigkeiten, man müsse noch Überweisungs- und Kontogebühren der

Bank begleiten, am besten wieder einige tausend Euro und so weiter, solange bis dem Betroffenen die Luft ausgeht.

Niemand verschenkt Geld, der Traum vom leicht erlangten Reichtum platzt wie eine Seifenblase und bitter ist das Erwachen. Kein Staat dieser Welt lässt sich übertölpeln und duldet es, dass Millionen außer Landes geschafft werden. Geben Sie niemals Ihre Kontonummer preis! Sie laufen Gefahr, dass man versucht Ihr Konto abzuräumen. Leisten Sie keine, auch nicht noch so geringe Zahlungen. Denken Sie nach: Haben Sie ein Los einer Lotterie in den USA gekauft? Wer aus Ihrer Verwandtschaft ist ausgewandert und zum Millionär geworden? Welcher Rechtsanwalt oder Notar eines fernen Landes bittet ausgerechnet Sie um Mithilfe zur Transferierung eines Millionenbetrages? Sie erkennen selbst, dass diese Geschichten nicht wahr sein können. Meist erkennt man diese E-Mails, da sie Schreibfehler enthalten, in schlechtem Englisch oder Deutsch abgefasst sind, nur aus Großbuchstaben bestehen oder übertrieben höflich bis unterwürfig formuliert sind. Ignorieren Sie solche E-mails und löschen Sie sie, reagieren Sie auf keinen Fall. Falls Sie in Ihrem Verwandten- oder Bekanntenkreis die Beobachtung machen, dass plötzlich Investitionen in größtem Umfang geplant werden, insbesondere von älteren Personen, werden sie hellhörig. Raten Sie dem Betroffenen, sich von einem Rechtsanwalt oder der Kriminalpolizei beraten zu lassen. Vielleicht lässt sich so ein Schaden verhindern



## Verfassungsmedaille in Silber für Waltraut Wellenhofer, Bobingen

Der Bayerische Landtag und die Staatsregierung feierten mit einem gemeinsamen Festakt im Maximilianeum den 65. Geburtstag der Bayerischen Verfassung. Das Parlament ehrte dabei 50 Persönlichkeiten mit der Bayerischen Verfassungsmedaille für ihre Verdienste im sozialen Bereich, im Naturschutz, im Sport oder in der Kultur, aber auch als gewählte Vertreter in der Kommunalpolitik, auf Landes-, Bundes- oder Europaebene. Seit ihrem Einzug in den Stadtrat Bobingen 1978 engagiert sich die Lehrerin Waltraut Wellenhofer als Kommunalpolitikerin. Im Amt der Zweiten und Dritten Bürgermeisterin und auch als Kreisrätin hat sie sich große Verdienste er-

worben. In den Bereichen Städtepartnerschaft, Jugendaustausch und im Sportverein arbeitet sie seit Jahren in Führungspositionen engagiert mit.

Das Bildungswerk für Kommunalpolitik Bayern e.V. gratuliert seiner langjährigen Bildungsleiterin und Bildungsbeauftragten für Schwaben, Frau Waltraut Wellenhofer zu dieser hohen Auszeichnung. Für die Kommunalpolitik vor Ort sowie für den gesamten Bezirk Schwaben ist Waltraut Wellenhofer nach wie vor eine gefragte Ansprechpartnerin bei der Organisation und Durchführung von Bildungsseminaren für Mandatsträger und die gesamte Bürgerschaft.

*K. Förster*



*Zu den ersten Gratulanten gehörten Landes- und Bundesvorsitzender MdL Hubert Aiwanger und der stellvertretende Vorsitzende des BKB, Landtagsvizepräsident Peter Meyer.*



### Gemünden - Landkreis Main-Spessart - Unterfranken

Mit den Ehrennadeln des Landesverbandes der Freien Wähler wurden in Langenprozelten 21 verdiente und treue Mitglieder des Freien Wähler-Ortsverbandes Gemünden ausgezeichnet. Ein Heimspiel hatte dabei Bezirksvorsitzender und MdL Günther Felbinger, der zusammen mit der Ortsvorsitzenden Hiltrud Zadra in seinem Heimatort die Auszeichnungen vornahm. Mit der Ehrennadel in Gold wurden Konrad Wirth, Ursula von Hahn, Monika Stein, Hedwig Wiesmann, Wolfgang Büchner, Edgar Weippert, Karl-Heinz Kraft, Hermann Hegel, Adolf Spreng, Jochen Klein, Joe Gutbrod, Philipp von Hahn und Hans-Dieter Wagner ausgezeichnet. Die Ehrennadel in Silber erhielten Helmut Jeckel, Hans-Jürgen Offensberger, Josef Schott, Heinrich Kreckel und die bronzenen Ehrennadel Heinrich Eckl, Landrat Thomas Schiebel, dritter Bürgermeister Werner Herrbach, Bürgermeister und VG-Vorsitzender Martin Göbel.

*Bürgerbüro Felbinger*



# Die gesplittete Abwassergebühr

## 1. Problemstellung

*Raimund B. ist jemand, der nachhaltig denkt, umweltbewusst ist und nebenbei gern sein Geld zusammenhält. Er besitzt ein Einfamilienhaus mit Garten und nutzt das Regenwasser von seiner Dachfläche für die Toilettenspülung und zur Gartenbewässerung. Überschüssige Mengen und das Oberflächenwasser von seiner Hoffläche lässt er auf seinem Grundstück versickern. Die Dachrinne seines Schuppens und Drainageleitungen laufen in das vorbei fließende Bächlein.*

*Die große Lagerhalle seines Nachbarn zur Rechten hingegen wird über die Mischwasserkanalisation der Gemeinde entwässert. Um PKW-Stellflächen zu schaffen hat sein Nachbar zur Linken erst neulich seinen kompletten Hof asphaltiert und über Entwässerungsrinnen an den Kanal angeschlossen.*

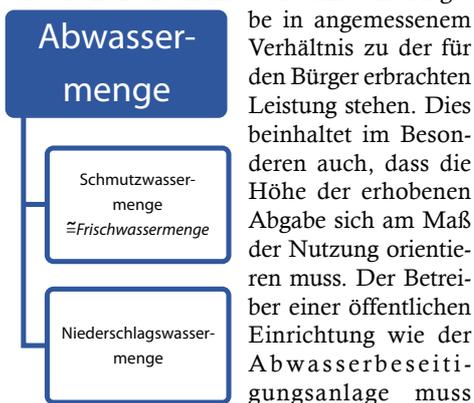
*Raimund B. sitzt vor seinem Abwassergebührenbescheid und ärgert sich über die jüngste Gebührenerhöhung. Sein Bürgermeister hat diese mit den gestiegenen laufenden Kosten und den Investitionen der letzten Jahre begründet. Unter anderem seien die Stromkosten für die Pumpwerke gestiegen. Wasserwirtschaftliche Vorgaben hätten die Gemeinde gezwungen, Regenrückhaltebecken zu bauen und alte Kanalstränge durch neue, größere zu ersetzen, um ein Einstauen der Kanäle zu verhindern. Gerade bei der Oberflächenbehandlung würden heute ganz andere technische Maßstäbe gelten als früher.*

*„Und was bitte hat das mit mir zu tun?“ fragt sich Raimund B. – zu Recht, da von seinem Grundstück kein Tropfen Regenwasser in den Kanal gelangt!*

Das ist bestimmt kein Einzelfall aus der Praxis, der den Hintergrund der gesplitteten Abwassergebühr deutlich werden lässt: Der über die Gebühren zu finanzierende Aufwand unserer heutigen Abwasserbeseitigungsanlagen ist zu einem beträchtlichen Anteil der Niederschlagswasserbeseitigung zuzuschreiben. Gerechterweise sollte deshalb auch derjenige höhere Gebühren bezahlen, der mehr Niederschlagswasser einleitet.

## 2. Äquivalenzprinzip und Rechtsprechung

Abwassergebührensatzungen, die die eingeleitete Niederschlagswassermenge nicht berücksichtigen, sind in den meisten Fällen nichtig, weil sie gegen das Äquivalenzprinzip als tragenden Grundsatz im Abgabenrecht verstoßen. Danach muss die erhobene Abgabe in angemessenem Verhältnis zu der für den Bürger erbrachten Leistung stehen. Dies beinhaltet im Besonderen auch, dass die Höhe der erhobenen Abgabe sich am Maß der Nutzung orientieren muss. Der Betreiber einer öffentlichen Einrichtung wie der Abwasserbeseitigungsanlage muss



Rüdiger Neubauer, Dipl.-Verwaltungswirt (FH)

also einen sachgerechten Maßstab finden, der die Abgabenhöhe entsprechend der Nutzungsintensität abstuft.

Die tatsächlich der Abwasseranlage zugeleitete Abwassermenge ist jedoch mit vertretbarem Aufwand nicht messbar. Vereinfachend wurde deshalb in der Vergangenheit die Höhe der Abwassergebühr meist ausschließlich nach der Menge des bezogenen Frischwassers bemessen (Frischwassermessstab). Es galt als wahrscheinlich, dass die Menge des eingeleiteten Abwassers der Menge des bezogenen Frischwassers proportional ist. Für die reine Schmutzwassermenge ist dieser Wahrscheinlichkeitsmaßstab mit einigen Modifizierungen (z.B. Großvieheinheiten) zutreffend – das Niederschlagswasser bleibt dabei jedoch völlig außer Betracht. Das wäre hinnehmbar, wenn auch die Niederschlagswassermenge bei allen Nutzern proportional der Frischwassermenge wäre oder wenn man die Kosten der Niederschlagswasserbeseitigung vernachlässigen könnte. Davon ist jedoch in der Praxis kaum auszugehen. Die Niederschlagswassereinleitungen sind sehr unterschiedlich und die jährlichen Kosten für dessen Beseitigung liegen häufig bei 20 bis 30 % der gebührenfähigen Gesamtkosten.

In ständiger Rechtsprechung vertreten das Bundesverwaltungsgericht (seit dem Urteil vom 25.02.1972), der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (u.a. Urteil vom 31.03.2003) und auch die obersten Verwaltungsgerichte der anderen Bundesländer im Ergebnis folgende Auffassung:

**Die Bemessung der Abwassergebühr ausschließlich nach der Frischwassermenge ist in der Praxis nur geeignet, wenn die gebührenfähigen Kosten der Niederschlagswasserbeseitigung unterhalb der Erheblichkeitsschwelle von 12 % der Gesamtkosten liegen. Bei Überschreiten dieser Schwelle ist die Einführung einer gesonderten Niederschlagswassergebühr unumgänglich.**

Ausnahmefälle, in denen die Kosten der Niederschlagswasserbeseitigung einen geringeren Anteil einnehmen, sind in der Praxis sehr selten – beispielsweise bei reinen Schmutzwasserkanalisationen. In den meisten Fällen muss man davon ausgehen, dass die Bemessung der Abwassergebühr ausschließlich auf Basis des bezogenen Frischwassers dem Äquivalenzprinzip nicht gerecht wird und zur Nichtigkeit der

Gebührensatzung führt.

Dies hat natürlich für jede Gemeinde, die sich bislang scheute eine gesonderte Niederschlagswassergebühr einzuführen, weit reichende Konsequenzen. Gegenüber dem Bürger steht die Gemeinde in der Pflicht, die Nichterforderlichkeit der Niederschlagswassergebühr zu belegen (BayVGH, Urteil vom 16.12.1998).

## 3. Kosten der Niederschlagswasserbeseitigung

Dass die Kosten der Niederschlagswasserbeseitigung einen so großen Anteil ausmachen, mag vielleicht manchen Bürger verwundern. Als in den 50er bis 70er Jahren des letzten Jahrhunderts der Großteil der bayerischen Gemeinden Kläranlagen und Kanalnetze errichtete, stand freilich die Schmutzwasserbeseitigung im Fokus. Das Regenwasser konnte so nebenbei in den Kanälen mit ablaufen. Insbesondere in ländlichen Regionen stellte das kein Problem dar, dem man Aufmerksamkeit schenkte.

Moderne Stadt- und Dorfentwicklung, Ausweisung neuer Baugebiete und der heutige Lebensstandard setzen jedoch eine geordnete Niederschlagswasserbeseitigung voraus. Davon sind im Hinblick auf den Umweltschutz auch entsprechende technische Anforderungen zu stellen, die Kosten verursachen. Kanäle müssen so dimensioniert sein, dass auch bei Starkregenereignissen ein Einstau und springende Kanaldeckel verhindert werden. Regenrückhaltebecken und Regenüberlaufbecken verhindern eine unkontrollierte Verschmutzung unserer Gewässer. Kläranlagen müssen so bemessen sein, dass sie auch dann eine ausreichende Reinigungsleistung erzielen, wenn neben der täglichen Schmutzwassermenge dort zeitweise große Niederschlagswassermengen anfallen.

Im Hinblick auf die Niederschlagswassermenge sind also Investitionen notwendig. Diese werden oft ganz oder teilweise über die Abwassergebühren finanziert - eine vollständige Finanzierung über Herstellungs- oder Verbesserungsbeiträge ist rechtlich möglich, aber in der Praxis eher der Ausnahmefall. Daneben verursacht das Niederschlagswasser aber auch laufende Betriebskosten: Unterhalt der Kanäle, Strom für Pumpwerke und Förderanlagen, Abwasserabgabe, Personalkosten, etc.

## 4. Maßstab der Niederschlagswassergebühr ist die abflusswirksame Fläche

Die Niederschlagswassergebühr ist keine zusätzliche Abgabe sondern nur eine gerechtere Art der Verteilung. Bei ihrer Einführung wird die reine Schmutzwassergebühr also gesenkt. Klarzustellen ist dabei auch, dass die Beseitigung des Straßenabwassers eine Angelegenheit des Straßenbaulastträgers – also insbesondere der Gemeinde selbst – ist. Kostenanteile hierfür werden gesondert in der Kalkulation berücksichtigt und sind nicht gebührenfähig.

Zunächst muss die Gemeinde die Kostenaufteilung getrennt nach Schmutzwasserbeseitigung (SW) und Beseitigung des Niederschlagswassers von Privatgrundstücken (NW) vornehmen. Dies geschieht durch differenzierte Betrachtung und entsprechende Zuordnung aller einzelnen Investitionsmaßnahmen und aller laufenden Betriebskosten.



Die jährlichen Kosten für SW werden durch das Schmutzwasser-Gebührenaufkommen finanziert, für das der modifizierte Frischwassermaßstab zugrunde gelegt wird.

Die Kosten für NW werden entsprechend der befestigten Fläche auf die Grundstückseigentümer aufgeteilt. Für jedes angeschlossene Grundstück muss also die befestigte Fläche ermittelt werden.

Vier Maßstäbe bieten sich hierfür grundsätzlich an:

**a) Angeschlossene versiegelte Fläche**

Die überbauten und befestigten Flächen, von denen Niederschlagswasser in die öffentliche Entwässerungsanlage eingeleitet wird oder abfließt, werden für jedes Grundstück einzeln erfasst.

**b) Angeschlossene versiegelte Fläche x Abflussbeiwert**

Zusätzlich zu a) werden bei dieser Methode Unterschiede im Abflussverhalten der einzelnen Flächen (z.B. Gründächer, gepflasterte Flächen, Einleitung über Zisternen) berücksichtigt.

**c) Grundstücksabflussbeiwert**

Den einzelnen angeschlossenen Grundstücken wird ein Grundstücksabflussbeiwert zugeordnet, der gerundet angibt, welcher Anteil an der Grundstücksfläche abflusswirksam ist. Der Niederschlagswassergebühr wird das Produkt aus Grundstücksfläche und diesem Grundstücksabflussbeiwert zugrunde gelegt.

**d) Gebietsabflussbeiwert**

Hierbei findet keine grundstücksgenaue Betrachtung statt. Der Gebietsabflussbeiwert ist der für ein räumlich abgegrenztes Gemeindegebiet durchschnittlich ermittelte Anteil der abflusswirksamen Fläche. Der Niederschlagswassergebühr wird das Produkt aus Grundstücksfläche und dem

Gebietsabflussbeiwert zugrunde gelegt. Alle Methoden erfordern einen gewissen Verwaltungsaufwand, der aber mit Hilfe der heute vorhandenen Orthofotos (Luftbilder), der detaillierten Daten des Landesvermessungsamts und der gängigen Geoinformationssysteme zu bewältigen ist. Insbesondere in kleineren ländlich strukturierten Gemeinden bietet es sich an, die Bürgerinnen und Bürger in die Datenerhebung einzubeziehen und so Transparenz zu schaffen.

**5. Auswirkungen der gesplitteten Gebühr**

Durch die Einführung der gesplitteten Gebühr werden tendenziell Dorfgebiete, kleinere gewerbliche Bauflächen und Gewerbe mit hohem Wasserverbrauch bei der Abwassergebühr entlastet. Großflächige Gewerbebetriebe, groß dimensionierte Gebäude und stark befestigte Grundstücke in zentraler Lage werden in der Summe mit höheren Gebühren belegt. Langfristig animiert die gesplittete Gebühr dazu, dass weniger Flächen befestigt werden und Niederschlagswasser insbesondere durch Versickerung auf den Grundstücken beseitigt wird. Dies kann zu einer Kostenreduzierung in der Abwasserentsorgung beitragen.

**Struktureller Schritt zur Beteiligung der FREIEN WÄHLER an der Bundestagswahl vollzogen  
FREIE WÄHLER Bayern und Bund fusionieren – 77 Prozent für Zusammenschluss**

**München. Mehr als eine Dreiviertelmehrheit der abgegebenen Stimmen der Mitglieder der FREIEN WÄHLER Bayern hat sich für eine Fusion mit der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER ausgesprochen. Damit ist der letzte strukturelle Schritt zur gemeinsamen Beteiligung an der Bundestagswahl 2013 vollzogen.**

Landes- und Bundesvorsitzender Hubert Aiwanger zeigte sich zufrieden mit dem Ergebnis, dem intensive Debatten mit der Basis und mehrere Delegiertenversammlungen auf Landes-

und Bundesebene vorausgegangen waren. Aiwanger: „Die FREIEN WÄHLER werden nun als neue politische Kraft auch im Bund das umsetzen, wofür sie seit Jahrzehnten auch in den Kommunen stehen: unabhängige Bürgerpolitik mit gesundem Menschenverstand. Die Parteienlandschaft verändert sich und es geht darum, in der bürgerlichen Mitte das abzudecken, was von Schwarz und Gelb aufgegeben wird. Wir wollen nicht zulassen, dass die Leute Randparteien wählen oder zuhause bleiben.“ Die FREIEN WÄHLER sind bundesweit traditionell stark in der Kommunalpolitik und setzen sich ein für eine solide Finanzpolitik, bessere Bildungspolitik mit kleineren Klassen und mehr Lehrern, ausgeglichene Lebensverhältnisse in Stadt und Land, einen starken Mittelstand und die Stärkung des Eigentums und der Bürgerbeteiligung. So sprechen sie sich aktuell auch für die Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene aus, etwa zu weitreichenden Entscheidungen in der Europapolitik. Die Hebelung des Euro-Rettungsschirms und die Einführung von Eurobonds lehnen die FREIEN WÄHLER ab.

Abstimmungsberechtigte: 3528  
Rücksendungen insgesamt: 1889  
fristgerecht abgegebene gültige Wahlunterlagen: 1814  
Ja-Stimmen: 1395 (=76,99% aller gültig abgegebenen Stimmen)  
Nein-Stimmen: 417 (=23,01% aller gültig abgegebenen Stimmen)  
Ungültige Stimmen: 1

Nach dem eindeutigen Mitgliedervotum tritt die Fusion der organisierten Wählergruppe FW FREIE WÄHLER Bayern e.V. mit der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER zum 15.12.2011 in Kraft. Alle Mitglieder der FW-Wählergruppe werden noch vor Weihnachten mit der Bitte um Beitritt zur Bundesvereinigung angeschrieben. Wir bitten aber auch unsere vielen Mitglieder in den Orts- und Kreisverbänden, die bislang nicht Mitglied in der FW-Wählergruppe waren, aber an überregionalen Themen und Wahlen Interesse haben, der Bundesvereinigung beizutreten. Aufnahmeanträge können Sie bei der FREIE WÄHLER Landesgeschäftsstelle (Giesinger Bahnhofplatz 9, 81539 München, Tel. 0 89-52 03 21 61, Fax 0 89-52 03 21 62, E-Mail [gstelle@freie-waehler.de](mailto:gstelle@freie-waehler.de)) anfordern. Bei einem Beitritt noch 2011 wird selbstverständlich für dieses Jahr kein Mitgliedsbeitrag mehr erhoben.



Nach der Auszählung der Urabstimmung: von links: Bundes- und Landesvorsitzender Hubert Aiwanger, Heinrich Schmidt (Bezirksvorsitzender Niederbayern), stellvertr. Landesvorsitzender Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bundesgeschäftsführerin Cordula Breitenfellner, Josef Rid (Bezirksvorsitzender Schwaben) und Landesgeschäftsführer Michael Fischl

Michael Fischl

# Seminarübersicht des Bildungswerkes im ersten Halbjahr 2012

## Januar

Fr	13.1.	Neubauer/Lorentzen, von der Kameralistik zur Doppik	Unterfranken
Fr	20.1.	Forman, Kommunen im Internet, CMS, TYPO3	Obb.-Ost
Sa	21.1.	Schmitz M., Kommunen im Internet, CMS, TYPO3	Niederbayern
Fr	27.1.	Stock, Rad fahren auf sicheren Wegen	Obb.- West
Fr	27.1.	Kolenda, Aufstellen eines Haushaltsplanes - Haushaltsgrundsätze	Unterfranken
Sa	28.1.	Vetter, Soziale Netzwerke – sinnvolle Nutzung und sichere Profile	Oberpfalz

## Februar

Sa	4.2.	Wagner, Die Bayerische Bauordnung aktuell	Schwaben
Sa	4.2.	Flieser, Authentisch sein – die Persönlichkeit zählt	Oberfranken/Plech
Sa	4.2.	Ziegler, Familienfreundlichkeit in den Kommunen - Jugendarbeit	Niederbayern
Sa	4.2.	Portele, Stärken und Schwächen der Eigenpräsentation	Obb. - West
Sa	11.2.	Schmitz A., Was uns antreibt, wie wir richtig motivieren	Oberpfalz
Sa	11.2.	Schaller, Kommunale Bau-, Liefer-, und Dienstleistungsverträge - Vergaberecht	Obb.- West
Fr	24.2.	Stallmeister, Unsere Gemeinde – fit für die Zukunft?	Unterfranken
Sa	25.2.	Vetter, Soziale Netzwerke – sinnvolle Nutzung und sichere Profile	Oberpfalz
Sa	25.2.	Stallmeister, Unsere Gemeinde – fit für die Zukunft?	Niederbayern

## März

Fr	2.3.	Kleiber, Kommunalpolitik für den Nachwuchs	Unterfranken
Sa	3.3.	Schaller, Kommunale Bau-, Liefer-, und Dienstleistungsverträge - Vergaberecht	Schwaben
Sa	3.3.	Schmitz M., Kommunen im Internet, CMS, TYPO3	Oberpfalz
Fr	9.3.	Stallmeister, Unsere Gemeinde – fit für die Zukunft?	Obb.- West
Fr	9.3.	Portele, Presse- u. Öffentlichkeitsarbeit	Obb.- Ost
Fr	9.3.	Forman, Kommunen im Internet, CMS, TYPO3	Mittelfranken
Sa	10.3.	Vetter, Soziale Netzwerke – sinnvolle Nutzung und sichere Profile	Mittelfranken
Sa	10.3.	Dehler, Der authentische Weg zum Wähler	Oberfranken/Stadtsteinach
Sa	10.3.	Schmitz A., Kommunikationstraining	Niederbayern
Do	15.3.	Portele, Öffentlichkeitsarbeit Spezial 1 - Gewinnung neuer Zielgruppen mittels Internet	Oberpfalz/Schwandorf
Sa	17.3.	Portele, Argumentieren und Verhandeln in Sitzungen Teil II	Unterfranken
Fr	23.3.	Krafczyk, Nachhaltige Energieeinsparung beim komm./privaten Gebäudebestand	Oberpfalz
Sa	24.3.	Stock, Aufbau eines gemeindlichen Verkehrskonzeptes	Oberfranken/Thurnau
Sa	31.3.	Portele, Multimediale Öffentlichkeitsarbeit	Niederbayern
Sa	31.3.	Dehler, NLP	Mittelfranken

## April

Fr	13.4.	Kleiber, Kommunalpolitik für den Nachwuchs	Oberpfalz
Fr	13.4.	Kolenda, Rechnungsprüfung in der Kommune	Unterfranken
Fr	13.4.	Stallmeister, Unsere Gemeinde – fit für die Zukunft?	Mittelfranken
Sa	14.4.	Portele, Rhetorik, das A. u. O. der Kommunikation	Obb.-Ost
Fr	20.4.	Grill, Städtebauliche Entwicklung in Städten und Gemeinden	Unterfranken
Fr	20.4.	Neubauer, Rechnungsprüfung - mehr als nur Kontrolle	Oberfranken
Sa	21.4.	Schaller, Kommunale Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge: Anwendung des Vergaberechts	Oberfranken
Sa	21.4.	Ferlesch, Rhetorik	Schwaben
Sa	21.4.	Kolenda, Rechnungsprüfung	Niederbayern
Fr	27.4.	Ziegler, Gemeindliche Jugendtreffs	Oberpfalz
Fr	27.4.	Stock, Lichtet den Schilderwald – ein erster Schritt zu Simply City	Mittelfranken
Sa	28.4.	Kleiber, Das Haushaltsjahr – ist es wirklich um, wenn es vorüber ist – Jahresübergreifende Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung	Obb.- West

## Mai

Fr	4.5.	Neubauer, Rechnungsprüfung – mehr als nur Kontrolle?	Unterfranken
Sa	5.5.	Wagner, Flächennutzungsplan und Bebauungsplan - Steuerungsinstrumente	Niederbayern
Sa	5.5.	Flieser – Projekte richtig beauftragen und den Überblick behalten.	Unterfranken
Fr	11.5.	Neubauer, Finanzierung kommunaler Tiefbauprojekte	Mittelfranken
Fr	18.5.	Stock, Demographischer Wandel IV	Oberpfalz
Sa	19.5.	Ferlesch, Rhetorikgrundlagen	Niederbayern

## Juni

Fr	15.6.	Wamser, Grundlagen des Beitrags- und Gebührenrechts	Oberpfalz
Fr	15.6.	Stallmeister, Unsere Gemeinde – fit für die Zukunft?	Unterfranken
Fr	15.6.	Krafczyk, Nachhaltige Energieeinsparung beim komm./priv. Gebäudebestand	Mittelfranken
Sa	16.6.	Dehler, Zeitmanagement – stecken Sie sich Ziele	Unterfranken



- Sa 16.6. Stallmeister, Unsere Gemeinde – fit für die Zukunft?  
 Sa 16.6. Grill, Basis für eine erfolgreiche Mitarbeit in kommunalen Gremien  
 Fr 22.6. Portele, Öffentlichkeitsarbeit Spezial 1 - Gewinnung neuer Zielgruppen mittels Internet  
 Sa 23.6. Vetter, Soziale Netzwerke – sinnvolle Nutzung und sichere Profile

Obb.-Ost  
 Niederbayern  
 Mittelfranken  
 Obb.- West

## Juli

- Fr 6.7. Ziegler, Jugendarbeit in der Kommune – Investition in die Zukunft  
 Sa 7.7. Vetter, Soziale Netzwerke – sinnvolle Nutzung und sichere Profile  
 Fr 13.7. Portele, Der erste Eindruck ist oft entscheidend  
 Fr 13.7. Kleiber, Das Haushaltsjahr – ist es wirklich um, wenn es vorüber ist – Jahresübergreifende Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung  
 Sa 14.7. Vetter, Soziale Netzwerke – sinnvolle Nutzung und sichere Profile

Mittelfranken  
 Obb.- West  
 Unterfranken  
 Mittelfranken  
 Unterfranken

Stand 14.12.2011

Details zu den Seminaren entnehmen Sie bitte unserer Homepage: [www.bkb-bayern.de](http://www.bkb-bayern.de)

Änderungen vorbehalten!

[www.bkb-bayern.de](http://www.bkb-bayern.de)

## Walchensee – Das Erlebniskraftwerk mit Geschichte

Die Freien Wähler Bobingen mit ihrer Vorsitzenden Carmen Bader, der Bildungsbeauftragten für Schwaben, Waltraut Wellenhofer, Stadtrat Walter Engelhart aus Königsbrunn und FW-Bezirksgeschäftsführer Dipl. Ing. Karl-Ulrich Hägele besuchten im Rahmen einer Studienfahrt mit rund 30 interessierten Bürgerinnen und Bürgern das Walchenseekraftwerk.

Schon im Jahr 1882 organisierte der 27-jährige Ingenieur Oskar von Miller eine Ausstellung zur Stromversorgung Bayerns im Münchner

Glaspalast. „Weiße Kohle“, so nannte Technik-Pionier von Miller den einzigen „Bodenschatz“ Bayerns und regte im Jahre 1911 an, auf Wasserkraft zu setzen. Es bedurfte großer Überzeugungskraft, bis am 21.6.1918 der Bayerische Landtag den Bau des Kraftwerks beschloss. Er wurde unter von Millers Leitung als Meisterleistung von 2000 Arbeitern und Ingenieuren am 24. Januar 1924 fertig gestellt. Mit 124.000 Kilowatt Leistung war das Walchensee-Kraftwerk damals eines der größten Wasserkraftwerke der Welt und ist heute mit etwa

300 Millionen Kilowattstunden pro Jahr eines der größten Hochdruck-Speicherkraftwerke in Deutschland.

Die Erfindung der Transformatoren, welche die Generatorspannung von 6,6 Kilovolt in die Netzspannung von 110 Kilovolt umwandeln, machte den Weg frei zum Transport des elektrischen Stroms über weite Strecken.

Eine Führung durch das Informationszentrum der EON-Wasserkraft GmbH verdeutlichte alles Wissenswerte rund um Historie und Energiegewinnung. Durch Zuleitung aus der Isar und dem Reißbach wird dem Walchensee Wasser zugeführt. An diesen Zuführungen wurden die Laufwasserkraftwerke Niedernach (1951) und Obernach (1955) errichtet. Überwältigt zeigten sich die Besucher beim Anblick der 450 Meter langen Druckrohrleitungen, die das Wasser aus dem Wasserschloss (800 m ü. NN) des Walchensees (802 m ü. NN) zum Krafthaus mit den Turbinen und Generatoren führen. Die Drehbewegung der Turbinen überträgt sich auf die Generatoren. Die elektrische Energie wird über das Transformatorienhaus in die Stromnetze geleitet. Das Wasser fließt dann in den Kochelsee (599 m ü. NN) ab.

Fazit der Bildungsbeauftragten Waltraut Wellenhofer: „Die Gewinnung von elektrischer Energie aus Wasserkraft ist historisch und modern, alternativ und zukunftsreich auf dem Weg zur Energiewende! Dies ist einer der Energiegewinnungswege, die wir weitergehen sollten.“

W. Wellenhofer



Das Bild zeigt die Bobinger Gruppe im Hof zwischen dem Krafthaus und dem Transformatorienhaus vor historischen Turbinen. Zweite von links Waltraut Wellenhofer, rechts außen Dipl. Ing. Karl-Ulrich Hägele.

## Neue Themen:

### Mediation, mehr als eine Alternative zur gerichtlichen Konfliktlösung!?

Meinungsverschiedenheiten, unterschiedliche Denkweisen, juristische Ansprüche und vermeintlich unverrückbare Positionen, Rechthaberei, Spannungen, Verärgerung, Krisen, Streit und Konflikte sind die Gründe, warum einzelne Menschen oder Gruppen nicht oder nicht mehr zusammenfinden. Jede Seite versucht mit allerlei Mitteln und Methoden die "Gegner" von der Richtigkeit ihrer Sicht zu überzeugen und dahin zu bewegen, wo die eigene Überzeugung zuhause ist. Dabei wird oft übersehen, dass es meistens noch weitere Lösungen gibt,

die noch von keiner der Streitparteien wirklich in Betracht gezogen wurden. Mediation versucht diese noch unbekanntem Lösungen in einem konstruktiven, methodisch organisierten Gespräch aufzudecken und für beide Seiten akzeptabel und mit einem Mehrwert für alle Beteiligten zu versehen. In diesem Seminar erfahren Sie, was Mediation genau ist, wozu Mediation gebraucht werden kann, was sie anstrebt und wo ihre Grenzen liegen. Es wird dargestellt, welche Schritte bei einer Mediation gemacht werden und worauf es da-

bei ankommt. Die Zielgruppe sind diejenigen, die sich mit Meinungsgegnern, mit widerstrebenden Personen oder Gruppen und generell mit Konflikten auseinandersetzen müssen und die sich in scheinbar ausgeweglosen Diskussionen und Gesprächen befinden.



*Jos Flieser*

### Unsere Gemeinde: fit für die Zukunft !?

Dieses Vortragskonzept bietet mehr Flexibilität bei den Fortbildungsveranstaltungen. Statt wie bisher nur ein Thema zu präsentieren können hier mehrere Schwerpunkte in einer Veranstaltung behandelt werden. Die Themen legen die Kreis- und Ortsverbände fest, trotzdem können die Inhalte der Veranstaltung den Wünschen der Teilnehmer angepasst werden. Der Referent richtet sich also nach den Teilnehmern!

Folgende Themenschwerpunkte werden angeboten:

- Die zukunftsfähige Verwaltung
- Zusammenarbeit Rat und Verwaltung
- Umfassende Information von Rat, Verwaltung und Bürgerschaft
- Erstellung eines Leitbildes und seine Umsetzung
- Vermarktung von Gewerbeflächen
- Umstellung auf Doppik
- Leitung einer Besprechung / Sitzung richtiger Umgang mit der Presse



*Klaus Stallmeister, 1. Bürgermeister von Hallbergmoos*

### Energiewende – eine historische Chance für den ländlichen Raum

Deutschland will weg vom Atomstrom, auch der Freistaat Bayern setzt seit März 2011 stärker auf Sonne, Wind und Biomasse. Mit dem grundlegenden Umbau der Energieversorgung innerhalb einer Generation hat sich unser Land ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Doch die Energiewende geschieht nicht per Anordnung aus München und Berlin, sondern durch unser engagiertes Handeln vor Ort. Besonders für den ländlichen Raum entstehen durch die dezentrale Erzeugung von erneuerbarer Energie einzigartige Chancen. Es ist nicht übertrieben von einer historischen Gelegenheit zu sprechen.

Jedoch stößt der Ausbau der Öko-Energie

nicht überall auf Begeisterung. Vielerorts regt sich Widerstand gegen Windparks, PV-Flächen oder Biogasanlagen, und nicht selten entzweit der Streit ganze Dörfer.

Was sind die Gründe für diese Auseinandersetzungen?

Wie belastbar sind Argumente, die Gegner von EE – Anlagen vorbringen?

Wie kann man Konflikte entschärfen, bevor sie eskalieren?

Wie können Bürger und Kommunen an der Wertschöpfung beteiligt werden?

In dem Seminar werden die Herausforderungen der Energiewende, die Möglichkeiten

der erneuerbaren Energieversorgung und die Wertschöpfungspotenziale durch dezentrale Erzeugung aufgezeigt. Außerdem wird anhand von Beispielen dargelegt, warum Bürgermeister und Gemeinderäte die Entwicklung nicht einfach laufen lassen sollten, sondern wie sie durch koordinierende Begleitung die Energiewende zu einer Erfolgsgeschichte für den ländlichen Raum machen können.



*Markus Ruckdeschel*